

## Den Euro retten!

Heiner Flassbeck

Die gemeinsame europäische Währung ist existenziell bedroht. Von Anfang an wurden die Grundbedingungen für eine funktionierende Währungsunion missachtet und das Management der Währungsunion, ausgerichtet vor allem auf fiskalische Solidität, war unangemessen. Auch bei dem Versuch, der Spaltung der Europäischen Währungsunion Herr zu werden, hat die falsche Fokussierung auf fiskalische Fragen („Staatsschuldenkrise“) eine zielgerichtete Therapie verhindert. Darüber hinaus setzte die einseitige und ungerechtfertigte Schuldzuweisung an die Schuldnerländer und die von ihnen verlangte Austeritätspolitik eine Wirtschaftskrise in Gang, deren negative Folgen für die Lebensverhältnisse der Menschen die demokratischen Systeme als solche infrage stellen und das friedliche Zusammenleben der Bürger in Europa für Jahrzehnte belasten werden.

Es ist spät, doch noch ist es nicht zu spät für eine Umkehr. Würde Deutschland als wichtigstes Gläubigerland Einsicht zeigen, seine Position radikal ändern und auf eine Strategie setzen, die den Abbau des Gefälles bei der Wettbewerbsfähigkeit vor allem von Seiten Deutschlands konkret ins Auge fasst, könnte die Eurozone die Rezession überwinden und die Krise bewältigen. Doch mit jedem Tag, an dem an der gescheiterten Strategie festgehalten wird, schwinden die Chancen auf eine Wende. Folglich müssen auch andere Optionen ins Auge gefasst werden. Das ist zwingend in einer Situation, wo in den besonders betroffenen Ländern die Kosten der Anpassung politisch kaum noch zu bewältigen sind und die Demokratie ernsthaft bedrohen. Die Währungsunion barg enorme Chancen. Doch die wurden nicht genutzt.

Demokratisch gewählte Regierungen können ihrer Bevölkerung immer nur eine begrenzte Menge an Leid auferlegen. Viele Währungskrisen der Vergangenheit endeten in massiven Konflikten, Rebellion und Chaos. Zumeist konnte die Krise nur dadurch politisch eingegrenzt werden, dass die Abwertung der eigenen Währung relativ rasch für eine wirtschaftliche Umkehr sorgte. Eine solche Maßnahme gibt es in der EWU derzeit nicht. Keine der Maßnahmen, die von der Troika den Ländern aufgezungen werden, hat das Potenzial, eine Wende zum Besseren

hervorzubringen. Können demokratische Regierungen den Menschen keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben, werden die Ränder des demokratischen Spektrums mehr und mehr Zulauf erhalten. Die Möglichkeit eines Ausstiegs aus der EWU aus der politischen Diskussion zu verdrängen, weil man Europa nicht infrage stellen will, wäre unverantwortliche Schönfärberei und würde am Ende nur den Europagegnern in die Hände spielen.

Man muss den zentrifugalen nationalen Kräften begegnen, ohne dass das politische Europa darüber vollends zerbricht. Bei dem Übergang zu einer neuen nationalen Währung besteht die Gefahr, dass diese Währung, wird sie den Devisenmärkten überlassen, zunächst ins Bodenlose fällt und auf diese Weise die Umstellung sehr teuer und schmerzhaft macht. Einer übermäßigen Abwertung vorzubeugen und den Ländern, die in der EU bleiben wollen, einen möglichst schmerzfreien Übergang zu ermöglichen und den europäischen Binnenmarkt nicht zu zerstören ist die wichtigste Aufgabe, die der europäischen Politik jetzt zufällt.

Deutschland würde in einem Ausstiegsszenario wirtschaftlich ohne Zweifel hart getroffen. Es muss damit rechnen, dass die in extremer Weise auf den Export ausgerichtete Produktionsstruktur, die sich in den Jahren der Währungsunion gebildet hat, einer harten Anpassung unterzogen wird. Der Exportsektor wird deutlich schrumpfen und nur bei einer vollständig anderen Wirtschaftspolitik könnte ein Teil davon über expandierende Binnenbereiche abgefangen werden kann.

Die Grundentscheidung für den Euro kann auch mit guten wirtschaftlichen Argumenten gerechtfertigt werden. Die dominierende ökonomische Theorie aber hat diese Argumente von Anfang an ignoriert und politisch desavouiert. Aufgebaut auf monetaristischen Vorstellungen in der Europäischen Zentralbank sowie kruden Ideen zum Wettbewerb von Nationen im größten Mitgliedsland konnte die Währungsunion nicht funktionieren. Alle, die Europa als politische Idee retten wollen, müssen nun erkennen, dass das nur mit einer anderen Wirtschaftstheorie zu schaffen ist. Nur wenn die Teilhabe aller Menschen am wirtschaftlichen Fortschritt gewährleistet und dem Wettkampf der Nationen abgeschworen wird, kann auf den Trümmern des alten Gebäudes neues europäisches Leben entstehen. 🌐



Dr. Heiner Flassbeck, geb. 1951, ehem. Chefvolkswirt der UNCTAD, Professor an der Universität Hamburg, Herausgeber von flassbeck-economics. [hfflassbeck@gmail.com](mailto:hfflassbeck@gmail.com)